

Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation 2021

Entwurf

Kurzfassung

Die Entwurfsfassung der Wirtschaftspolitischen Positionen berücksichtigt die zum Zeitpunkt ihrer Abfassung bekannten Vorgaben der Rechtsprechung in Bezug auf den Kompetenzbereich der IHK-Organisation. Es ist indes nicht auszuschließen, dass sich aus der schriftlichen Begründung zu dem Urteil des BVerwG vom 14. Oktober 2020 in Bezug auf die Kompetenzgrenzen neue Erkenntnisse ergeben werden, sodass der Entwurf nach Vorliegen der Urteilsgründe unverzüglich anzupassen ist. Es ist gegenwärtig nicht absehbar, wann die Urteilsgründe vorliegen werden. Darüber hinaus wird der DIHK e. V. die durch seinen Geschäftsführenden Vorstand in Reaktion auf das Urteil des BVerwG vom 14.10.2020 beschlossenen Sofortmaßnahmen umsetzen.

Inhalt

VERANTWORTUNG VON POLITIK UND UNTERNEHMEN	3
Corporate Social Responsibility: Nachhaltiges Wirtschaften unterstützen, Gestaltungsspielräume bewahren	3
Faire Spielregeln: Notwendiges regeln, Handlungsfreiheit erhalten	3
Europa: Krisenfestigkeit und Zukunftsfähigkeit der EU erhöhen	4
AUSBILDUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG	5
Betriebliche Ausbildung: Duale Ausbildung stärken, Fachkräfte sichern	5
Schulen und Hochschulen: Kooperationen ausbauen, Beschäftigungsfähigkeit fördern	5
Weiterbildung: Beteiligung steigern, Transparenz vergrößern	6
Fachkräftesicherung und Beschäftigung: Digitalisierung nutzen, Vereinbarkeit und Integration stärken	6
ENERGIE UND UMWELT	7
Energieversorgung: sicher, wettbewerbsfähig, klimaschonend	7
Rohstoffe und Kreislaufwirtschaft: Zugang sichern, Ressourcen schonen	7
Klimaschutz: Global, effizient und innovativ für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft	8
Umwelt: Wirtschaft stärken, Umwelt schützen	8
INDUSTRIE, INNOVATION UND GESUNDHEITSWIRTSCHAFT	9
Industrie: Wettbewerb sichern, nachhaltiges Wachstum befördern	9
Forschung und Innovation: Bürokratie abbauen, Innovationen anschieben	9
Gesundheitswirtschaft: Innovationskraft sichern, Effizienzsteigerungen erreichen	10
UNTERNEHMENSGRÜNDUNG UND -FINANZIERUNG	11
Unternehmensgründung und -nachfolge: Unternehmergeist stärken, Wirtschaft zukunftsfähig machen	11
Unternehmensfinanzierung: Finanzmärkte ausgewogen regulieren	11
AUSSENWIRTSCHAFT UND -HANDEL	12
Außenwirtschaft: Bürokratie abbauen, Förderung verbessern	12
Internationaler Handel: Märkte öffnen, Barrieren abbauen	12
INFRASTRUKTUR UND REGIONALPOLITIK	13
Planungsbeschleunigung und Öffentlichkeitsbeteiligung für Investitionsvorhaben: Für einen frühzeitigen und kontinuierlichen Dialog	13
Digitalisierung: Digitalisierung vorantreiben, Standortvorteil sichern	13
Verkehr: Mobilität erhalten, Engpässe beseitigen	14
Stadt kooperativ und smart gestalten, Erlebnis Innenstadt stärken	14
Regionale Entwicklung: Potenziale nutzen, Zukunft sichern	15
STEUERN UND FINANZEN	15
Steuern: Belastungen zurückführen, Steuerrecht vereinfachen	15
Finanzen: Haushalte konsolidieren, Investitionen stärken	16
BESSERES RECHT	16
Bürokratieabbau und besseres Recht: Handlungsspielräume erhalten, Praxisnähe herstellen	16
Wirtschaftsrecht: Eigenverantwortung stärken, Rechtssicherheit geben	17
Wettbewerb: Marktwirtschaft stärken, Verfahrensrecht modernisieren, Kollektivklagen verhindern	17
Sicherheit in der Wirtschaft: Unternehmen sensibilisieren, Wirtschaftskriminalität bekämpfen	18

VERANTWORTUNG VON POLITIK UND UNTERNEHMEN

Ansprechpartnerinnen im DIHK: Cornelia Upmeier (Tel.: 030 20308-1621; upmeier.cornelia@dihk.de), Daniela Seller (Tel.: 030 20308-1626, seller.daniela@dihk.de)

Corporate Social Responsibility: Nachhaltiges Wirtschaften unterstützen, Gestaltungsspielräume bewahren

Vor dem Hintergrund großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen ist verantwortungsvolles und nachhaltiges Wirtschaften in der Tradition des Leitbilds des „Ehrbaren Kaufmanns“ aktueller denn je. Deutsche Unternehmen nehmen ihre unternehmerische Verantwortung (Corporate Social Responsibility – CSR) national und international auf vielfältige Weise wahr und verbinden wirtschaftlichen Erfolg mit der Berücksichtigung ökologischer, sozialer und gesellschaftlicher Aspekte. Damit, und durch die Entwicklung von innovativen Produkten und Dienstleistungen, tragen viele Unternehmen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen bei. Die Politik sollte verlässliche Rahmenbedingungen schaffen und die notwendigen Freiräume für die Wahrnehmung und Ausgestaltung unternehmensspezifischer Verantwortung lassen. Bei grenzüberschreitenden Themen sollte sie über internationale Ordnungspolitik für möglichst gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen auf globaler Ebene sorgen.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Unterstützung anbieten, CSR-Kompetenzen fördern
- Komplexität und Aufwand der CSR-Berichterstattung begrenzen
- Gemeinsames Grundverständnis bei der Finanzierung von nachhaltigem Wachstum schaffen, Zielkonflikte thematisieren
- Öffentliches Auftragswesen nicht überfrachten
- Freiwillige Umweltmanagementsysteme anerkennen

Ansprechpartnerin im DIHK: Dr. Ulrike Beland (Tel.: 030-20308-2612; beland.ulrike@dihk.de)

Faire Spielregeln: Notwendiges regeln, Handlungsfreiheit erhalten

Die Grundprinzipien unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung wie Vertragsfreiheit, Gewerbefreiheit, Privateigentum und offene Märkte sind die Basis für Innovation und Fortschritt. Das historische „Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns“ bietet Unternehmer/innen eine Richtschnur für ihr Handeln, „ehrbare Kaufleute“ sind ein Vorbild für ein verantwortungsvolles und nachhaltig angelegtes Unternehmertum. Es ist deshalb auch im Interesse der Politik, das eigenverantwortliche Handeln der Unternehmen zu stärken. Dies erhöht die Attraktivität unternehmerischer Tätigkeit und trägt dazu bei, dass junge Menschen sich dafür entscheiden,

Unternehmerin oder Unternehmer zu werden. Werden dagegen negative Einzelfälle von fragwürdigem Verhalten als Maßstab für staatliche Regulierung genommen, droht Überregulierung.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Internationale wirtschaftliche Integration voranbringen
- Vertragsfreiheit stärken
- Gewerbefreiheit stärken
- Staatliche Beteiligungen an Unternehmen nur als Kriseninstrument nutzen
- Rechtssicherheit in der digitalen Welt herstellen
- Leitbild des mündigen Verbrauchers stärken

Ansprechpartner im DIHK: Christopher Gosau (Tel. 00322286-1661; gosau.christopher@dihk.de), Dr. Christian Fahrholz (Tel. 030-20308-2613; fahrholz.christian@dihk.de), Malte Weisshaar (Tel 0032 2286-1609; weisshaar.malte@dihk.de)

Europa: Krisenfestigkeit und Zukunftsfähigkeit der EU erhöhen

Die Unternehmen in Deutschland wissen die wirtschaftlichen Vorteile der Europäischen Union – und hier speziell den Gemeinsamen Markt – grundsätzlich zu wertschätzen. Sie wickeln 60 Prozent ihrer Im- und Exporte mit anderen EU-Ländern ab. Die EU ist aus wirtschaftlicher Sicht in einem schwieriger werdenden außenwirtschaftlichen Umfeld wichtiger Anker für Verlässlichkeit und Planbarkeit. Dennoch gibt es dringenden Handlungsbedarf sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten, denn die deutsche und die europäische Wirtschaft steht vor einer Reihe von Herausforderungen, zu denen die Auswirkungen der Corona-Krise noch hinzugekommen sind. Gleichzeitig hat die Pandemie den eingegengten finanziellen Handlungsspielraum einiger Mitgliedstaaten zur Unterstützung von Unternehmen aufgezeigt. Die EZB ist inzwischen häufig gezwungen, neben ihrer eigentlichen Hauptaufgabe, der Wahrung der Geldwertstabilität, in Krisen zur Sicherung der kurzfristigen Finanzmarktstabilität zu intervenieren.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Krisenfestigkeit von europäischen und globalen Wertschöpfungsketten erhöhen
- EU-Binnenmarkt verwirklichen
- Wettbewerbs- und Beihilfenrecht auf globalen Markt ausrichten
- Europäische Industriepolitik mit Augenmaß betreiben
- Wiederaufbauhilfe – schnell und mit Bedingungen
- Staatsschulden abbauen, um Handlungsspielräume für die nächste Krise zu schaffen
- EZB auf Geldpolitik fokussieren

Ansprechpartner im DIHK: Markus Kiss (Tel.: 030 20308-2516; kiss.markus@dihk.de)

AUSBILDUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG

Betriebliche Ausbildung: Duale Ausbildung stärken, Fachkräfte sichern

Die duale Ausbildung ist zentraler Pfeiler der Fachkräftesicherung in Deutschland. Sie bietet gute Verdienste, hervorragende Entwicklungsmöglichkeiten und trägt entscheidend zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei. Das Erfolgsmodell muss auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten attraktiv und leistungsstark bleiben, um den Anforderungen von Unternehmen, Jugendlichen und Gesellschaft gerecht zu werden.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Duale Ausbildung stärken und weiterentwickeln
- Ehrenamtliches Engagement und hochwertige IHK-Prüfungen sichern
- Berufsschulen fördern, Partnerschaft mit den Betrieben stärken
- Digitalisierung in der dualen Ausbildung vorantreiben
- Junge Menschen für Ausbildung gewinnen - Allianz für Aus- und Weiterbildung fortführen
- Teilqualifikationen als Chance zur Nachqualifizierung nutzen

Ansprechpartnerinnen im DIHK: Jana Heiberger (Tel.: 030 20308-2513; heiberger.jana@dihk.de), Julia Flasdick (Tel.: 030 20308-2550, flasdick.julia@dihk.de)

Schulen und Hochschulen: Kooperationen ausbauen, Beschäftigungsfähigkeit fördern

Bildungspolitik ist Standortpolitik, insbesondere auch im ländlichen Raum und für die Betriebe unmittelbar relevant. Versäumnisse in der schulischen Bildung beeinträchtigen die Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen und damit die Verfügbarkeit von Fachkräften und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die demografische Entwicklung, Digitalisierung und neue Lern- und Arbeitsmodelle stellen auch die Schul- und hochschulische Bildung vor Herausforderungen. Die Covid-19 Pandemie hat deutlich gezeigt, welche Potenziale auch hier die Digitalisierung bietet.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Bildungspotenziale ausschöpfen
- Berufliche Orientierung durch Praxisorientierung verbessern
- MINT-Bildung und digitale Kompetenzen stärken
- Ökonomische Grundbildung vermitteln
- Für digitales Zeitalter rüsten
- Praxisanforderungen der Wirtschaft stärker in der Hochschullehre berücksichtigen
- Einheitliche Mindeststandards für duale Studiengänge vereinbaren

Ansprechpartner im DIHK: Dr. Knut Diekmann (Tel.: 030 20308-2521; diekmann.knut@dihk.de)

Weiterbildung: Beteiligung steigern, Transparenz vergrößern

In den letzten Jahren ist die Weiterbildungsbeteiligung kontinuierlich gestiegen. Gleichwohl sollte Weiterbildung einen noch größeren Stellenwert erhalten – vor allem mit Blick auf die Chancen und Herausforderungen, die der digitale Wandel mit sich bringt. Weiterbildung ist aus Sicht der Unternehmen eine wichtige Maßnahme, um auf aktuelle und künftige Fachkräfteengpässe zu reagieren und die Krisenfestigkeit der Wirtschaft nach den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie zu unterstützen. Praxisnahe und qualitativ hochwertige Weiterbildungen sind daher wichtig.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Marke „Höhere Berufsbildung“ stärken
- Weiterbildungsbeteiligung erhöhen
- Betriebliche Bedarfe und Anforderungen stärker berücksichtigen
- Weiterbildungsberatung **ausbauen und verbessern**
- Weiterbildungsformate überprüfen und ggf. nachjustieren
- Validierung informellen Lernens voranbringen

Ansprechpartner/innen im DIHK: Dr. Stefan Hardege (Tel.: 030 20308-1115; hardege.stefan@dihk.de), Annika Göbel (Tel.: 030 20308-1118; goebel.annika@dihk.de), Dr. Anne Zimmermann (Tel.: 030 20308-1631; zimmermann.anne@dihk.de), Gerrit Gramer (Tel.: 030 20308-1624; gramer.gerrit@dihk.de)

Fachkräftesicherung und Beschäftigung: Digitalisierung nutzen, Vereinbarkeit und Integration stärken

Die Beschäftigung stieg in den letzten Jahren auf Rekordniveau, Fachkräfteengpässe waren lange Jahre das größte Geschäftsrisiko für die Unternehmen – so trafen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise die Betriebe und den Arbeitsmarkt hart. Unternehmen brauchen gute Bedingungen, um Fachkräfte halten zu können und bei wieder anziehender Konjunktur Stellen neu zu besetzen. Und der demografische Wandel wird den Fachkräftebedarf mittelfristig wieder deutlich ansteigen lassen. Die Chancen der Digitalisierung gilt es zu nutzen.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Fachkräfte halten und gewinnen
- Digitalisierungsschub als Chance nutzen
- Beruf und Familie flexibel miteinander vereinbaren
- Zuwanderung und Integration erleichtern
- Geflüchtete in Ausbildung und Beschäftigung bringen, Sprachförderung gezielt verbessern

ENERGIE UND UMWELT

Ansprechpartner im DIHK: Dr. Sebastian Bolay (Tel.: 030 20308-2202; bolay.sebastian@dihk.de), Jakob Flechtner (Tel. 030 20308-2204; flechtner.jakob@dihk.de)

Energieversorgung: sicher, wettbewerbsfähig, klimaschonend

Die Energiewende betrifft die gesamte deutsche Wirtschaft: Die Energieversorgung wird auf erneuerbare Energien mit vielen dezentralen Anlagen umgestellt und die Grenzen zwischen den Verbrauchssektoren verschwinden. Davon können auch viele Unternehmen mit neuen Geschäftsmodellen profitieren. Andere Unternehmen nehmen die Energiewende hingegen vor allem als Kostenbelastung wahr.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Auf Markt und Innovation setzen, wettbewerbsfähige Strompreise schaffen
- Qualität der Energieversorgung sichern
- Technologieoffenheit beibehalten

Ansprechpartner/in im DIHK: Eva Weik (Tel.: 030 20308-2212, weik.eva@dihk.de), Hauke Dierks (Tel.: 030 20308-2208; dierks.hauke@dihk.de), Moritz Hundhausen (Tel.: 00322 286-1664; hundhausen.moritz@dihk.de)

Rohstoffe und Kreislaufwirtschaft: Zugang sichern, Ressourcen schonen

Die Versorgung mit Rohstoffen und ein sparsamer Umgang mit Ressourcen sind wichtige Säulen wirtschaftlicher Tätigkeit. Für zahlreiche Produkte müssen Rohstoffe importiert werden. Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft bietet große Chancen für mehr Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit. Dies ist für alle Akteure der Wertschöpfungskette essenziell, insbesondere in Krisenzeiten. Um die Potenziale des Recyclings und der Verwertung zu erschließen, sind auch neue rechtliche Regelungen notwendig. Diese sollten bürokratiearm ausgestaltet werden und Innovationen nicht einschränken.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Bemühungen der Unternehmen bei der Rohstoffbeschaffung flankieren
- Zugang zu heimischen Rohstofflagern langfristig sichern
- Stoffkreisläufe schließen und Recycling fördern
- Herstellerverantwortung und Wettbewerb fair gestalten

Ansprechpartner im DIHK: Jakob Flechtner (Tel. 030 20308-2204; Flechtner.Jakob@dihk.de); Julian Schorpp (Tel. 0032 2286-1635; Schorpp.Julian@dihk.de)

Klimaschutz: Global, effizient und innovativ für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft

Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel stellen zentrale Zukunftsaufgaben dar. Die deutsche Wirtschaft treibt notwendige Veränderungen durch vielfältige Initiativen und Projekte voran. Unternehmen werden weiter durch Innovationen bei Produkten, Dienstleistungen und in der Produktion ganz entscheidend zum Klimaschutz beitragen. Neben großen Herausforderungen ergeben sich für die Wirtschaft dabei auch erhebliche Chancen. Zur Erreichung der Klimaschutzziele bis 2050 stehen viele Branchen vor einem grundlegenden strukturellen Wandel. Damit dieser Wandel gelingt, sollte er gemeinsam mit der Wirtschaft gestaltet werden. Die Unternehmen brauchen eine Planungsperspektive, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit muss gestärkt werden. Das gilt umso mehr angesichts der Herausforderungen zur Überwindung der durch die Coronavirus-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Klimaschutz international verankern und vorantreiben
- Effiziente Klimaschutzinstrumente einsetzen: marktbasierend und technologieoffen
- Innovationen und Investitionen in den Wandel stärken
- Nachteile im internationalen Wettbewerb ausgleichen.

Ansprechpartner/in im DIHK: Eva Weik (Tel.: 030 20308-2212, weik.eva@dihk.de), Hauke Dierks (Tel.: 030 20308-2208; dierks.hauke@dihk.de), Moritz Hundhausen (Tel.: 00322 286-1664; hundhausen.moritz@dihk.de)

Umwelt: Wirtschaft stärken, Umwelt schützen

Die Wirtschaft leistet viel für den Umweltschutz. Bei wachsender Produktion sinken die Belastungen für die Umwelt stetig. Trotzdem werden noch nicht alle Umweltziele des Bundes, der EU oder internationaler Organisationen erreicht. Die Unternehmen werden von Gesellschaft und Politik aufgefordert, Umwelteinflüsse noch weitreichender zu vermindern. Die Bemühungen um mehr Umweltschutz bleiben für Unternehmen deshalb eine stetige Herausforderung.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Innovationskraft und Verantwortung für Umweltschutz stärken
- Risiken des Stoffrechts minimieren
- Anlagen praxisgerecht und effizient genehmigen und überwachen
- Wirtschaftliche Entwicklung an geeigneten Standorten ermöglichen

INDUSTRIE, INNOVATION UND GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

Ansprechpartnerinnen im DIHK: Dr. Susanne Gewinnus (Tel.: 030 20308-2213; gewinnus.susanne@dihk.de), Felicitas von Bredow (Tel.: 030 20308-2214; vonbredow.felicitas@dihk.de)

Industrie: Wettbewerb sichern, nachhaltiges Wachstum befördern

Als Treiber von Forschung und Entwicklung, Vorreiter beim Einsatz von Klima- und Umwelttechnologien und maßgebliches Glied von Wertschöpfungsketten prägt die Industrie maßgeblich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung am Standort Deutschland. Ihre starke internationale Verflechtung macht die deutsche Industrie in besonderem Maße abhängig von den Entwicklungen der Weltwirtschaft. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell Märkte ausfallen können – und der Bezug und Absatz von Produkten damit deutlich schwieriger wird. Infolgedessen dürften Lieferketten in andere Märkte ausgeweitet und zugleich regional diversifiziert werden, um sich von Lieferengpässen unabhängiger zu machen. Das Festhalten an der internationalen Arbeitsteilung und an offenen Märkten bleibt von herausragender Bedeutung – auch nach der Krise.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Industriestandort Deutschland stärken
- Mehr Investitionen durch wettbewerbsfähige Standortfaktoren
- Attraktivität des Investitionsstandorts Deutschland für ausländische Investitionen erhöhen
- Gemeinsam die Industrie der Zukunft angehen
- Akzeptanz von Industrie erhöhen

Ansprechpartnerinnen im DIHK: Felicitas von Bredow (Tel: 030 20308-2214; vonbredow.felicitas@dihk.de), Dr. Susanne Gewinnus (Tel: 030 20308-2213; gewinnus.susanne@dihk.de)

Forschung und Innovation: Bürokratie abbauen, Innovationen anschieben

Die deutsche Wirtschaft braucht nicht zuletzt wegen der Auswirkungen der Corona-Krise eine wirkungsvolle Innovationspolitik. Neue Ideen und Produkte „Made in Germany“ können helfen, die Krise zu überwinden. Zur Stärkung des Innovationsstandorts Deutschland sollte die Politik einerseits die Innovationsförderung gemeinsam mit der Wirtschaft auf Effektivität prüfen und weiterentwickeln. Andererseits sollte sie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für private Forschung und Entwicklungs-(FuE-)Aktivitäten weiter verbessern. Dies kann das in der Hightech-Strategie angestrebte Ziel unterstützen, bis 2025 den Anteil der Ausgaben für FuE auf über 3,5 Prozent des BIPs zu steigern. Innovative Lösungen entstehen in technologieoffenen Such- und Entdeckungsverfahren, nicht durch politische Vorgaben. Damit deutsche Unternehmen mit Blick auf die Digitalisierung und die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz

zu den Gestaltern der Zukunft gehören, ist ein schnelles, konzertiertes Vorgehen von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft nötig.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Bürokratie abbauen und Verfahren vereinfachen
- Künstliche Intelligenz in die Anwendung bringen, digitale Infrastrukturen ausbauen
- Innovationspotenziale auch im Mittelstand heben
- Innovationsfähigkeit durch Start-ups stärken
- Effektive Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft fördern...
- ... auch zum Durchbruch disruptiver Innovationen

Ansprechpartner im DIHK: Dr. Philipp Wien, (Tel.: 030 20308-1116; wien.philipp@dihk.de)

Gesundheitswirtschaft: Innovationskraft sichern, Effizienzsteigerungen erreichen

Fast jeder sechste Beschäftigte in Deutschland ist in der Gesundheitswirtschaft tätig. Neben dieser herausragenden Bedeutung der Gesundheitswirtschaft als Wirtschaftsfaktor ist die Gesundheitsversorgung auch ein wichtiger Standortfaktor für die Unternehmen in Deutschland, insbesondere im ländlichen Raum¹. Von Rahmenbedingungen, die die Potenziale der Gesundheitswirtschaft zur Entfaltung bringen, profitieren damit nicht nur die Unternehmen dieser Branche, sondern die gesamte Wirtschaft. Die Corona-Krise hat in besonderem Maße die Bedeutung einer leistungsfähigen Gesundheitswirtschaft für die Gesamtwirtschaft aufgezeigt. Bestehende Regularien sollten vor diesem Hintergrund auf den Prüfstand gestellt werden, um eine Leistungsfähigkeit auch in Krisenzeiten sicherzustellen. Wichtig ist zudem, dass innovationsoffene und unbürokratische Rahmenbedingungen hergestellt werden.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Innovationsoffene Rahmenbedingungen herstellen und Digitalisierung voranbringen
- Leistungsfähigkeit auch in Krisenzeiten sicherstellen
- Fachkräftesicherung unterstützen
- Betriebliche Gesundheitsförderung besser unterstützen
- Innovationsoffene Rahmenbedingungen herstellen und Digitalisierung voranbringen

¹ Bei der Gesundheitswirtschaft wird strukturell zwischen industrieller und dienstleistungsorientierter Gesundheitswirtschaft unterschieden. Unter anderem zählen die Sektoren der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung, Medizintechnikhersteller, Vorsorge- und Rehabilitationsanbieter, Pharmahersteller und -Großhändler, Hersteller digitaler Gesundheitsanwendungen, Leistungserbringer zur Versorgung mit Hilfsmitteln, ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen, Apotheken, Krankenversicherungen sowie das Kurwesen zur Gesundheitswirtschaft.

UNTERNEHMENSGRÜNDUNG UND -FINANZIERUNG

Ansprechpartner im DIHK: Dr. Marc Evers (Tel.: 030 20308-2614; evers.marc@dihk.de)

Unternehmensgründung und -nachfolge: Unternehmergeist stärken, Wirtschaft zukunftsfähig machen

Deutschland ist auf Unternehmertum, Gründer- und Innovationsgeist angewiesen. Doch trotz Fortschritten belegt Deutschland bei der Gründungsneigung im internationalen Vergleich nach wie vor nur einen der hinteren Ränge². Die Corona-Pandemie hat zudem wieder zu Rückgängen geführt. Auch steht Deutschland vor einer großen Herausforderung bei den vielen altersbedingt anstehenden Unternehmensnachfolgen. Umso wichtiger ist es, den Mut und die Pionierkraft innovativer neuer Unternehmen in Deutschland zu stärken, um so die Wettbewerbs- und Wachstumsfähigkeit des Standorts nachhaltig zu verbessern.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Mehr Wertschätzung für Unternehmertum in Wirtschaftspolitik, Verwaltung und Schulen verankern
- Mit Bildung Fundament für nachhaltiges Gründungsklima schaffen
- Bürokratie für Gründungen und junge Unternehmen abbauen
- Finanzierungsbedingungen verbessern
- Nachfolge erleichtern

Ansprechpartner im DIHK: Dr. Christian Fahrholz (Tel.: 030 20308-2613; fahrholz.christian@dihk.de)

Unternehmensfinanzierung: Finanzmärkte ausgewogen regulieren

Die Regulierung der Finanzmärkte zielt auf Finanzmarktstabilität. Diese ist Grundvoraussetzung für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Die Politik sollte dabei die Auswirkungen der Finanzmarktregulierung und -aufsicht auf die Finanzierungsbedingungen von Unternehmen, insbesondere des breiten Mittelstands, eingehend berücksichtigen. Dies hat auch die Corona-Krise gezeigt.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Auswirkungen der Finanzmarktregulierung und -aufsicht auf die mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur in Deutschland stärker berücksichtigen
- Finanzierung in (globalen) Wertschöpfungsketten gewährleisten, Prozyklik entschärfen
- Unternehmensfinanzierung zukunftsfest gestalten

² Siehe Global Entrepreneurship Monitor: <http://www.gemconsortium.org>.

AUSSENWIRTSCHAFT UND -HANDEL

Ansprechpartner im DIHK: Kevin Heidenreich (Tel.: 030 20308-2309; heidenreich.kevin@dihk.de)

Außenwirtschaft: Bürokratie abbauen, Förderung verbessern

Deutschland behauptet sich mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen seit langem in der Spitzengruppe der Exportnationen. Die Herausforderungen für die Exportwirtschaft sind aufgrund der Coronavirus-Pandemie, des zunehmenden Protektionismus und bürokratischer Hürden weltweit – aber auch in Deutschland und der EU selbst – groß und bremsen die Unternehmen bei ihren internationalen Geschäften. Wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Unternehmen ist deshalb eine effektive Unterstützung in Deutschland und rund um den Globus.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Finanzierung – fairer Wettbewerb nötig
- Visavergabe und Außenwirtschaftsrecht entbürokratisieren und harmonisieren
- Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit der Wirtschaft gestalten
- Bestehende Strukturen nutzen, Aufgaben und Angebote kommunizieren
- Strukturen in der Außenwirtschaftsförderung optimieren

Ansprechpartner im DIHK: Kevin Heidenreich (Tel.: 030 20308-2309; heidenreich.kevin@dihk.de); Klemens Kober (Tel.: 0032 2286 1622, kober.klemens@dihk.de)

Internationaler Handel: Märkte öffnen, Barrieren abbauen

Die Außenwirtschaftspolitik sollte die Chancen deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten erhöhen, die Position der Betriebe im internationalen Wettbewerb stärken und durch möglichst multilaterale Regeln absichern. Offene Märkte sind Voraussetzungen für Wachstum und Wohlstand in Deutschland, Europa und in der Welt. Neben der Wirtschaft sollte auch die Bundesregierung die Bedeutung und die konkreten Vorteile des regelbasierten freien Handels deutlicher betonen.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Protektionismus entgegentreten, Handelsliberalisierung im Blick behalten
- Multilaterales regelbasiertes Handelssystem erhalten und stärken
- Handelsabkommen voranbringen und umsetzen
- Enge Beziehungen zwischen EU und UK sicherstellen
- Souveränes Europa und Sanktionspolitik mit Augenmaß
- Praxisorientierte Umsetzung des Unionszollkodexes

INFRASTRUKTUR UND REGIONALPOLITIK

Ansprechpartnerin im DIHK: Tine Fuchs (Tel.: 030-20308-2105; fuchs.tine@dihk.de)

Planungsbeschleunigung und Öffentlichkeitsbeteiligung für Investitionsvorhaben: Für einen frühzeitigen und kontinuierlichen Dialog

Schnelle und rechtssichere Plan- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturvorhaben, Gewerbe- und Industrieansiedlungen sowie für Industrieanlagen sind ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die Betriebe weisen darauf hin, dass die Dauer und Komplexität von Plan- und Genehmigungsverfahren sie in ihrer Entwicklungsfähigkeit so stark hemmt wie kein anderer Standortfaktor. Dementsprechend gilt es, Planverfahren zu straffen und die Öffentlichkeit von Anfang an mit einzubeziehen und möglichen Konflikten durch einen frühzeitigen und kontinuierlichen Dialog zu begegnen.

In der DIHK Industrieumfrage 2020 bewerten die Betriebe die Dauer und Komplexität von Planverfahren mit der Schulnote 4,7³.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Einheitliche Verfahren für alle Infrastrukturen
- Planungsstufen reduzieren bei Gewerbeansiedlungen und Infrastrukturausbauten
- Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren verbessern
- Mit Digitalisierung neue Wege beschreiten

Ansprechpartnerin im DIHK: Dr. Katrin Sobania (Tel.: 030 20308-2109; sobania.katrin@dihk.de)

Digitalisierung: Digitalisierung vorantreiben, Standortvorteil sichern

Deutschland ist dem europäischen Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) zufolge weiterhin nur Mittelmaß und muss daher verstärkte Anstrengungen für die digitale Wettbewerbsfähigkeit aufbringen. Um die Digitalisierung in Deutschland voranzubringen, sind flächendeckend digitale Infrastrukturen wie Glasfaser- und Mobilfunknetze, eine moderne öffentliche Verwaltung, Innovationen und Investitionen unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen, digital kompetente Mitarbeiter sowie der sichere und vertrauenswürdige Einsatz digitaler Zukunftstechnologien erforderlich. Darüber hinaus müssen Gründungen im Zukunftsmarkt Digitalisierung unterstützt werden. Gerade die Corona-bedingte Krise hat

³ Siehe dazu [DIHK Industrieumfrage 2020](#) und DIHK Vorschläge „Bremsen für Infrastrukturausbau und Gewerbeansiedlungen lösen“.

gezeigt, dass diese Faktoren gesamtwirtschaftliche Effektivitätsgewinne in Unternehmen und Verwaltungen befördern und Arbeitsplätze schaffen bzw. sichern.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Flächendeckenden Ausbau digitaler Infrastrukturen vorantreiben, Gewerbe- und Industrieflächen sowie Bildungseinrichtungen priorisieren
- Rechtzeitige Vermittlung digitaler Kompetenzen
- Rechtliche Rahmenbedingungen für die Datenökonomie verbessern
- Sicheren elektronischen Geschäftsverkehr ermöglichen
- Rechtssicherheit, Unterstützungsangebote und Innovationsklima für breite Nutzung digitaler Technologien wie der Künstlichen Intelligenz schaffen bzw. ausbauen

Ansprechpartner im DIHK: Dr. Patrick Thiele (Tel. 030 20308-2110; thiele.patrick@dihk.de)

Verkehr: Mobilität erhalten, Engpässe beseitigen

Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist für eine hoch entwickelte Volkswirtschaft unverzichtbar. Die Anstrengungen der Politik, das Verkehrssystem an die wachsenden Mobilitäts- und Umweltschutzanforderungen der Wirtschaft anzupassen, sollten deutlich erhöht werden.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Investitionen auf hohem Niveau verstetigen
- Hauptverkehrsachsen ausbauen / Erreichbarkeit verbessern
- Umwelt durch Innovation und Infrastrukturausbau entlasten, bezahlbare Mobilität gewährleisten
- Steuermittel für den ÖPNV wirtschaftlich einsetzen, Mittelstand erhalten
- Digitalisierung nutzen - Verkehrsinfrastruktur zukunftssicher gestalten

Ansprechpartnerinnen im DIHK: Tine Fuchs (Tel.: 030-20308-2105; fuchs.tine@dihk.de), Dr. Ulrike Regele (Tel.: 030-20308-2104; regele.ulrike@dihk.de)

Stadt kooperativ und smart gestalten, Erlebnis Innenstadt stärken

Städte und ihre Akteure sind gefragt, gemeinsam für attraktive Wirtschaftsstandorte zu sorgen. Digitalisierung, demografische Entwicklung, Klimawandel und verändertes Kundenverhalten sind Treiber für städtische und regionale Entwicklungen. Die Corona-Pandemie wirkt als Beschleuniger. Im Standortwettbewerb gewinnen Städte, die sich gemeinsam mit Bürgern, Unternehmen und IHKs konzeptionell diesen Herausforderungen annehmen, Flächenmanagement betreiben und ihre Zentren attraktiv gestalten. Neue Konzepte der Privatwirtschaft aus Handel, Gastgewerbe oder Produktion müssen mit innovativen Angeboten, wie beispielsweise für Mobilität, Energie oder Abfall, vernetzt werden.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Städte regional in Umland einbetten und erhalten, Zentren stärken
- Zentrale Lage durch Vielfalt stärken
- In Stadtentwicklungsplanung investieren
- Nachhaltige Flächenentwicklung für Gewerbe und Wohnen erforderlich

Ansprechpartner/in im DIHK: N.N., Anne-Kathrin Tögel (Tel.: 030 20308-2115; toegel.anne-kathrin@dihk.de)

Regionale Entwicklung: Potenziale nutzen, Zukunft sichern

Regionalentwicklung dient der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Regionen und Unternehmen. Regionalentwicklung sorgt zudem für nachhaltiges Wachstum. Die Wirtschaft braucht gute infrastrukturelle Rahmenbedingungen und eine umfassende funktionierende Nahversorgung für lebenswerte Regionen. Damit können Standorte gesichert und entwickelt sowie Fachkräfte gewonnen und gehalten werden. Um die Wirtschaftsstandorte in den Regionen weiter zu stärken, muss für ihre Anziehungskraft und vielfältige Ausstattung gesorgt werden.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Die Infrastruktur ist das Rückgrat jedes Wirtschaftsstandorts
- Nahversorgung stärken
- Bedeutung der Tourismuswirtschaft als Wirtschafts- und Standortfaktor anerkennen
- Förderpolitik weiterentwickeln

STEUERN UND FINANZEN

Ansprechpartner im DIHK: Jens Gewinnus (Tel.: 030 20308-2602; gewinnus.jens@dihk.de)

Steuern: Belastungen zurückführen, Steuerrecht vereinfachen

Die Ausgestaltung des Steuerrechts und die Höhe der Steuern sind wichtige Standortfaktoren für die Wirtschaft. Leitbild der Steuerpolitik sollte deshalb ein einfaches, bürokratiearmes und investitionsfreundliches Steuerrecht mit wettbewerbsfähigen Steuersätzen sein – dies ist gerade zur Wiederbelebung der Wirtschaft nach der tiefgreifenden Krise infolge der Corona-Pandemie 2020 notwendig.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- International wettbewerbsfähige Steuerbelastung herstellen
- Resilienz und Investitionskraft der Unternehmen stärken
- Steuerverfahren modernisieren und Steuern handhabbar gestalten
- Mit konsistenten internationalen Steuerregeln Doppelbelastung von Unternehmen vermeiden

Ansprechpartnerin im DIHK: Dr. Kathrin Andrae (Tel.: 030 20308-2605; andrae.kathrin@dihk.de)

Finanzen: Haushalte konsolidieren, Investitionen stärken

Die Unternehmen brauchen intakte Straßen und Brücken, um ihre Produkte verkaufen zu können. Sie brauchen schnelles Internet, um ihre Industrie für Digitalisierung und Automatisierung fit zu machen. Sie brauchen moderne Berufsschulen, an denen die Fachkräfte von morgen ausgebildet werden. Diese Infrastruktur entsteht durch über Steuereinnahmen finanzierte öffentliche Investitionen. Von ihnen braucht es mehr, und zwar nachhaltig und für die Unternehmen planbar. Eine Stärkung der öffentlichen Investitionen macht deshalb den Standort Deutschland wettbewerbsfähiger. Die daraus entstehenden zusätzlichen Impulse für ein stabiles Wirtschaftswachstum ermöglichen auch in Zukunft ausreichende Steuereinnahmen. Voraussetzung dafür ist auch eine solide, nachhaltige Haushaltsführung, denn sie kann langfristige finanzielle Spielräume schaffen und die Gefahr zukünftig steigender Steuerlasten für die Unternehmen verringern.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Öffentliche Haushalte stetig konsolidieren – Vorfahrt für Investitionen
- Bund-Länder-Finanzbeziehungen ausgewogen gestalten – Finanzkraft bundesweit sichern
- Investitionskraft der Kommunen stärken – neue Wege in der Kommunalfinanzierung beschreiten

BESSERES RECHT

Ansprechpartnerinnen im DIHK: Dr. Ulrike Beland (Tel.: 030 20308-2612, beland.ulrike@dihk.de), Dr. Katrin Sobania (Tel.: 030 20308-2109; sobania.katrin@dihk.de)

Bürokratieabbau und besseres Recht: Handlungsspielräume erhalten, Praxisnähe herstellen

Die Bundesregierung hat beim systematischen Bürokratieabbau für einige Zeit konkrete Abbauziele verfolgt. Mit „One in, one out“ steht seit 2015 die Vermeidung neuer Lasten im Fokus, auch mithilfe von drei Bürokratieabbaugesetzen 2015 bis 2019. Dies konnte insgesamt eine Zunahme der Regulierungsdichte jedoch nicht verhindern. In den Umfragen der IHK-Organisation steht Bürokratieabbau immer ganz oben auf der Agenda, die Unternehmen an die Politik adressieren. Entlastungen für die Wirtschaft wären dabei durch die Nutzung der Digitalisierung und die Verbesserung von Verwaltungsprozessen in großem Umfang möglich. Beides hat sich beim Neustart nach der Corona-Krise als besonders wichtig gezeigt.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln grundsätzlich bestimmen:

- Bessere Gesetze: verständlich, verlässlich und praxisnah
- Wirkungen von neuen Regelungen realistischer schätzen, Praxischeck durchführen
- Bürokratie abbauen, „One in, one out“ als Mindeststandard konsequent anwenden
- Branchen beachten, gemeinsam Lösungen suchen
- E-Government gemeinsam voranbringen

Ansprechpartnerinnen im DIHK: Annika Böhm (Tel.: 030-20308-2727; boehm.annika@dihk.de), Annette Karstedt-Meierrieks (Tel.: 030-20308-2706; karstedt-meierrieks.annette@dihk.de) / Kei-Lin Ting-Winarto (Tel.: 030-20308-2717), Ting-Winarto.Kei-Lin@dihk.de)

Wirtschaftsrecht: Eigenverantwortung stärken, Rechtssicherheit geben

Unternehmen brauchen einen verlässlichen Rechtsrahmen, der die erforderlichen Freiheiten gewährt und gleichzeitig Rechtssicherheit bietet.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Unternehmerische Handlungsfreiheit fördern
- Corporate Governance Kodex stärken
- Abbildung von nachhaltiger Wertschöpfung in bestehenden Rechtsformen prüfen
- Einfluss im IASB erhöhen und Rechnungslegung entschlacken
- Datenschutz international regeln
- Grenzen für „nudging“, legale Produkte nicht behindern

Ansprechpartnerin im DIHK: Hildegard Reppelmund (Tel.: 030-20308-2702; reppelmund.hildegard@dihk.de)

Wettbewerb: Marktwirtschaft stärken, Verfahrensrecht modernisieren, Kollektivklagen verhindern

Leitlinie der Wettbewerbspolitik ist es, den Wettbewerb zu stärken und Verzerrungen zu verhindern. Faire Wettbewerbsbedingungen ermöglichen es den Unternehmen, durch Investitionen und Innovationen von Produkten und Prozessen am Markt erfolgreich zu sein.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Gleichbehandlung bei der Erbringung von Daseinsvorsorge herstellen
- Forum shopping in Europa vermeiden
- Sammelklagen verhindern
- Einkaufspotenziale beim Vergaberecht besser nutzen
- Verbraucherschutzdurchsetzung zivilrechtlich belassen
- Sanierungsmöglichkeiten notleidender Unternehmen verbessern

Ansprechpartnerinnen im DIHK: Hildegard Reppelmund (Tel.: 030 20308-2702; reppelmund.hildegard@dihk.de, Doris Möller (Tel.: 030 20308-2704; moeller.doris@dihk.de)

Sicherheit in der Wirtschaft: Unternehmen sensibilisieren, Wirtschaftskriminalität bekämpfen

Für die deutsche Wirtschaft ist es wichtig, auf rechtssichere Rahmenbedingungen vertrauen zu können. Gleichzeitig erwarten Unternehmen angemessenen Schutz vor kriminellen und nachrichtendienstlichen Aktivitäten.

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Bewusstsein für Sicherheitsrisiken wecken
- Geldwäschevorschriften risikoangemessen straffen
- Gewerbliche Schutzrechte wirksamer durchsetzen
- Rechtssicherheit statt Unternehmensstrafrecht